



Kantonaler Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrer-Verband St. Gallen

Jahresbericht 2006/2007

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem KMV

An allererster Stelle darf ich meinem gesamten Vorstand für die vorzügliche Arbeit danken. Wenn Sie bedenken, wie viel Einsatz für den Unterricht geleistet werden muss, dann ist diese ehrenamtliche Tätigkeit zugunsten aller Kolleginnen und Kollegen – also nicht nur der Verbandsmitglieder – einfach keine Selbstverständlichkeit. Und: Ein Präsident kann ohne seine Garde keine Verbandspolitik betreiben!

Manchmal habe ich den Eindruck, dass sich die Veränderungsgeschwindigkeit in allen Bereichen unseres Lebens beschleunigt. So auch auf allen Ebenen der Schule. Manchmal kommt mir jener Sufi Nasrudin aus dem Orient in den Sinn, der eine Witwe geheiratet hat. Fünf Tage später gebar sie ihm einen Sohn. Der Mullah ging sofort los und besorgte eine Schulausrüstung. Die Leute fragten ihn: „Wozu kaufst du all diese Sachen?“ Nasrudin erwiderte: „Wenn mein Sohn eine Neun-Montas-Reise in fünf Tagen hinter sich gebracht hat, muss man jeden Tag damit rechnen, dass er schulpflichtig wird.“

Ich bin froh, dass das Amt für Mittelschulen daran ist, einen Bericht zu verfassen, welcher alle wichtigen Reformen, welche in beschleunigtem Masse die Mittelschulen in den vergangenen Jahren betroffen haben und betreffen, auflistet und erläutert. Ich danke dem AMS dafür und hoffe, dass der Kantonsrat St. Gallen die vielen Reformen, mit welchen sich die Mittelschulen den Erfordernissen unserer bildungspolitisch orientierten Zeit mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen wird.

Es ist ein primäres Anliegen, dem Sozialpartner und dem Kantonsrat mit diversen Informationsanlässen wie Kongress, parlamentarische Abende sowie direkten Kontakten klar zu machen, dass der Beruf des Mittelschullehrers bzw. der -lehrerin auf dem Arbeitsmarkt attraktiv bleiben muss. Ein Bedeutungsschwund der gymnasialen bzw. Mittelschulbildung nützt niemandem und kostet den Staat ganz einfach zu viel.

Ich erinnere an die allseits anerkannte Studie von Forneck und Schriever, welche etliche andere Studien bestätigt, nämlich dass:

1. Kindergarten-, Primarschule-, Sek I- und Berufsschullehrpersonen allesamt viel arbeiten, nämlich mehr als die Jahresarbeitszeit, die vom Staatspersonal verlangt wird. Innerhalb der Berufsgruppe arbeiten die Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer am meisten. Ihre durchschnittliche Jahresarbeitszeit beträgt 2192 Stunden für ein 100%-Pensum. Auch wenn Maximal- und Minimalaufwand berücksichtigt werden, kann dieser Befund immer noch aufrecht erhalten werden.
2. Mittelschullehrpersonen arbeiten überdurchschnittlich häufig in Teilzeitanstellung. Noch mehr als jede andere untersuchte Berufsgruppe sind sie daher häufig überbeansprucht.
3. Analog zu anderen pädagogischen Bereichen ist auch in der Mittelschule das Bild der Lehrperson, die mit zunehmendem Alter dank Rückgriff auf Routine und Erfahrung immer weniger Arbeitsleistung erbringt, nachweislich falsch.
4. Wer an Mittelschulen durch Zusatzaufgaben Entlastungslektionen bezieht, arbeitet signifikant mehr als Kolleginnen und Kollegen ohne Entlastungsstunden.
5. Der nach Schultypen gesonderte Vergleich der Jahresarbeitszeiten zeigt, dass Mittelschullehrpersonen pro Unterrichtsstunde einen überdurchschnittlich hohen Vor- und Nachbereitungsaufwand zu leisten haben. Ebenfalls auffallend hoch sind die Werte in den Bereichen der Prüfungskorrekturen.
6. Die Liste ist an dieser Stelle nicht abgeschlossen. Diese Untersuchungsergebnisse sind gemeinhin zu Hard Facts geworden. Die Studie errechnet anhand der quantitativen und der qualitativen Beanspruchung einen Belastungsindex, der eine Gesamtschau der beruflichen Belastung darstellt. Dabei wird die höchste Intensität bei uns Mittelschullehrkräften konstatiert.

Aus bildungspolitischer und gewerkschaftlicher Sicht müssen zwei Faktoren, welche unseren Beruf auf dem Arbeitsmarkt (noch?) attraktiv machen, unbedingt beibehalten werden: Das ist einerseits die Freiheit der Lehre und andererseits die teilweise nicht orts- und zeitgebundene Arbeitszeiteinteilung. Diese Faktoren laufen einigen Innovationselementen der Bildungspolitik deutlich zuwider, die darauf zu zielen scheinen, durch Rahmenlehrpläne und Vergleichstests genau diese Freiheit und somit Attraktivität einzuengen; sowie andererseits die Anwesenheit der Lehrpersonen an den Schulen deutlich über den bisherigen Rahmen hinaus auszudehnen. Obendrein ist die durch die Studie belegte „Überbeschäftigung“ vieler Lehrperso-

nen als ein deutliches Argument gegen jede Pensenerhöhung anzusehen: Zu fordern, Lehrerinnen und Lehrer sollten mehr arbeiten, wäre nicht nur sachlich unbegründet, sondern gar zwangsläufig ein in Kauf genommener Einschnitt in die Qualität der geleisteten Arbeit, da bei der ausgewiesenen Quantität eher Abbau- als Aufstockungspotenzial vorhanden ist.

Wie wäre es, wenn Schulreformen darauf abzielen würden, eben wieder das Kerngeschäft Unterricht ins Zentrum zu rücken? Das bedeutet für mich keine Rückkehr zum Alten, sondern widerspiegelt ganz klar die kleine Reform MAR. Das wissenschaftliche Fach wird entgegen dem MAR-Geist von 1995 wieder einzeln gezählt; der fächerübergreifende Unterricht muss bloss sichergestellt werden; Zeitfenster dafür sind nicht vorgesehen. Hinter der kleinen Revision zeichnet sich aber eine grosse ab – und die wird kommen. Hierbei geht es tatsächlich um die Zukunft des Gymnasiums. Ende nächsten Jahres werden zwei Berichte die Grundlagen dafür liefern. Einerseits ist das die EVAMAR II, andererseits die Kommission „Plattform Gymnasium“ des Bundes. Zudem hat der Generalsekretär der EDK, Hans Ambühl, vorausgesagt, dass im Rahmen von HarmoS die standardisierte Bildung auf der Volksschulebene auch die Gymnasien konfrontieren würde. Was heisst das nun für uns Verbände, Gewerkschaften, aber auch für die Bildungspolitiker? Wir können nicht zuwarten, bis ab ca. 2010 dieser Prozess wirklich losgetreten wird. Sondern wir müssen uns bereits jetzt Gedanken machen, wohin das Gymnasium steuern kann bzw. wird. Deshalb veranstaltet der KMV zusammen mit Partnernverbänden auch Grossveranstaltungen wie den Kongress an der Universität St. Gallen oder eben das Bodenseetreffen, welches morgen früh Fragen und Antworten von Bildungspolitik, Hochschule und Gewerkschaft (VSG) erhalten will.

Dazu sind zum jetzigen Zeitpunkt meinerseits einige wenige Aspekte zu nennen. Es genügt erstens nicht mehr, dass sich die Gewerkschaften allein um die Zukunft unserer Bildungseinrichtung bemühen – der VSG nimmt da eine Spitzenposition ein. Wir brauchen die gesamte bildungspolitische Landschaft in unserem Boot. Das heisst, dass wir uns endlich und frühzeitig auf den verschiedensten Stufen vernetzen müssen. Konkret für den KMV bedeutet das, dass wir stärker mit der Pädagogischen Kommission zusammenarbeiten müssen. Aber auch Informations- und Überzeugungsarbeit mit der Rektorenkonferenz sowie der Sozialpartnerschaft ist unabdingbar. Zweitens ist klar darauf zu bestehen, dass das Gymnasium vier Jahre dauern muss. Innerhalb des VSG herrscht darüber Einigkeit. Das ist nicht in allen Kantonen selbstverständlich. Glücklicherweise ist diese Frage – auch aufgrund des Engagements unserer Erziehungschefs – geklärt. Vier Jahre gelten als Minimum für eine Mittelschulbildung. Die Dauer wird wohl nicht mehr in Frage gestellt. Die Ausbildung für diesen Beruf, vor allem im fachwissenschaftlichen Bereich, gibt wohl in Zukunft mehr zu reden. Definiert ist zurzeit, dass nur eine Masterausbildung im Fachbereich zum Höheren Lehramt führen darf. Das heisst im Bologna-System 300 ECTS-Punkte; zusätzlich für das Lehramt müssen

nochmals deren 60 erarbeitet werden. Ich stelle mir aber die Frage, was ein Rektor macht, wenn er für eine Stelle keine Bewerbung mit der entsprechend geforderten Ausbildung erhält? Das kennen wir bereits von mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen über den Bereich von Wirtschaft und Recht, aber – so viel ich mittlerweile aus anderen Kantonen gehört habe – auch für andere Bereiche wie z.B. Französisch. In den 70er-Jahren wurden in solchen Notsituationen Lehrkräfte anderer Stufen angestellt; heute sind es zumeist Lehrpersonen aus dem Ausland. Die EDK hat zwar auf ihrer Website ein Reglement publiziert, das klare Vorgaben dazu enthalten. Die Frage stellt sich jedoch, wer für die Einhaltung zuständig ist. Wie weit reicht die Effektivität dieser reglementarischen Grundlage? Die Sachzwänge sind für eine solche Situation nicht zu unterschätzen. Das bedeutet für alle am bildungspolitischen Prozess beteiligten Fraktionen, sich jetzt Gedanken zu machen, wie wir den kommenden Herausforderungen begegnen sollen.

Eines ist jetzt schon klar: Die Kantonalverbände der Mittelschulen müssen ihre Arbeit besser koordinieren, um in Zukunft effektivere Politik zu machen. Der Weg führt meines Erachtens über einen Dachverband. Dieser Dachverband existiert. Sein Präsident ist unser Kollege Hans-Peter Dreyer von der Kantonsschule Wattwil; er wird morgen auch in prominenter Runde an der Podiumsdiskussion teilnehmen. Der VSG, Verein Schweizer Gymnasiallehrkräfte, konstituiert sich traditionellerweise aus den Fachverbänden. Im Zuge der finanziellen Einsparungen der vergangenen Jahre haben aber die Kantonalverbände – eine eher jüngere Erscheinung auf dem akademischen Weg – an Postur gewonnen, so dass diese heute über die politische Schlagkraft verfügen. Da einem Dachverband strukturellerweise der direkte Zugang zu den potenziellen Mitgliedern verwehrt ist, obliegt es nach meiner Auffassung den Kantonalverbänden, das Bindeglied zu bilden. Wir von den Kantonalverbänden haben nun den Zentralvorstand des VSG beauftragt, bis Ende Jahr ein Modell zu erarbeiten, welches eine direkte Mitgliedschaft über die Kantonalverbände beim Dachverband ermöglicht. Der Grund ist für uns Präsidenten klar: Nur der Dachverband hat die Möglichkeit, direkt in das nationale Geschehen – z.B. MAR und EVAMAR II – einzugreifen. Auf Bundesebene wird nicht mit den Kantonalverbänden kommuniziert, sondern nur mit einem nationalen Verband. Ein einzelnes Mitglied eines Kantons kümmert das wenig, das weiss ich. Aber einen Verband wie den KVM eben sehr.

Aktuelles aus dem KMV in Rück- und Ausblick

Grossanlässe

Der Internationale Bildungskongress an der Uni St. Gallen vom 17. Februar 2007 bot eine hervorragende Plattform, den Wert der gymnasialen Bildung für unsere Gesellschaft zu untersuchen. Prof. Bosse nahm Stellung zur Frage, was ein allgemein bildendes Gymnasium leisten kann. Prof. Schweidler aus Bochum bannte die Zuhörerschaft mit seinen philosophischen Betrachtungen. Prof. Ruppert aus Bayreuth legte die Erwartungen ans Gymnasium aus der Sicht der Hochschulen dar. Der Nachmittag war geprägt von den Perspektiven aus der Wirtschaft, Thomas Daum, Direktor des Schweizer Arbeitgeberverbandes, sowie Erwartungen aus der Politik mit der stellvertretenden Landtagsvorsitzenden aus Baden-Württemberg. Die Podiumsdiskussion wurde von Heike Schmoll von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung moderiert. Zur Synopse führte Dr. Hasler mit leisen, aber nicht minder aufrüttelnden Tönen. Es war ein aufschlussreicher Tag. Ich bin sicher, dass sich solche Investitionen lohnen. Das Gymnasium bzw. die Mittelschulen müssen gemeinsam auf ihre Anliegen in der Öffentlichkeit aufmerksam machen und sich ins politische Gespräch bringen.

Das Bodenseetreffen von heute Nachmittag und morgen Vormittag verfolgt dasselbe Ziel, wobei der Interessenkreis sich mehr auf die Lehrerschaft der Partnerverbände richtet. Dennoch freue ich mich, für die morgige Podiumsdiskussion einen erlauchten Kreis von Referenten gefunden zu haben: Carlo Schmid, Landammann und Erziehungschef AI; Rektor Ivo Führer, Ständerat AI; Prof. Ernst Mohr, Rektor der Universität St. Gallen und Hans Peter Dreyer, Präsident des Schweizer Gymnasiallehrerverbands. Moderiert wird der Anlass vom legendären 10-vor10-Sprecher Walter Eggenberger.

Nun aber zu rein gewerkschaftlichen Themen:

Lohnrunde 2008

Die Präsidentenkonferenz der sankt-gallischen Staatsangestelltenverbände hat im Gespräch vom 2. Juli wie auch im Brief vom 6. Juli ihre Forderung, die angesichts des aufgelaufenen Rückstandes von 6.8% der letzten 10 Jahre gerechtfertigt sind, dargelegt. Die budgetierten Vorgaben von 1.9% (0.5% Realloohnerhöhung, 1% Stufenanstieg, 0.4% Erhöhung der a.o. Leistungsprämie + Beförderungsquote) waren für die Präsidentenkonferenz nicht akzeptabel. Das Verhandlungsergebnis vom 29. August sieht folgendermassen aus: 1.5% Realloohnerhöhung (und für uns Lehrpersonen automatisiert: 1% Stufenanstieg – a.o. Leistungsprämien, Beförderungsquoten und Inkonvenienzen fallen für uns nicht ins Gewicht). Das derzeitige Ergebnis soll bei der generellen Lohnerhöhung um 0.2% auf 1.7% erhöht werden. Die Ver-

handlungsdelegation erwartet von der Regierung mindestens die gleichen Besoldungsmassnahmen wie 2007. Die Antwort der Regierung steht noch aus.

Totalrevision Versicherungskasse

Seit der HV vom letzten Jahr ist noch nicht viel mehr zu den Verbänden durchgedrungen. Die Expertengruppe mit einem Mitglied der Arbeitnehmerseite hat den Bericht noch nicht fertig gestellt. Wichtig für die Angestellten ist die Tatsache, dass die Regierung das Rentenalter erhöhen, den Primatswechsel durchsetzen und die Kasse verselbständigen will. Der zeitliche Fahrplan scheint nicht aufzugehen, so dass mit einer Vernehmlassung für alle Betroffenen nicht vor Ende Jahr zu rechnen ist. Der KMV hat sich mit einem Grundsatzpapier für eine Antwort gerüstet.

Revision des Dienstrechts (Staatsverwaltungsgesetz)

Einer der Hauptpunkte besteht in der Anstellung der Mitarbeiter auf der Basis eines öffentlich-rechtlichen Vertrages. Dieses Vorhaben wurde von der Regierung bis auf weiteres aufgeschoben.

Eprolog

Die Eichungstests sind in der Realisierungsphase. Ich selber habe mit einer Klasse der 3. Stufe daran teilgenommen. Wichtig in einem anschliessenden Zeitpunkt ist es, dass die Frage von Zweckdienlichkeit für die gymnasiale Ausbildung wissenschaftlich untersucht wird. Wir haben für eine ähnliche Idee von Standardisierung auf der Gymnasialstufe ein Parallelbeispiel im Kanton Aargau. Jene wissenschaftliche Begleitung hat interessante Befunde über Sinn und Zweck der Vergleichbarkeit zu Tage gefördert. Grundsätzlich wichtig ist der permanente Dialog mit den betroffenen Lehrkräften.

Stemi

Wie ich in einem – leider in den Medien nicht veröffentlichten – Leserbrief dargelegt habe, muss die Idee von Stemi neu definiert werden. Das heisst ganz klar, dass dieses Instrument nicht zu einer lohnwirksamen Qualifikation führen kann. Eine Lehrkraft, die nicht in die nächste Gehaltsstufe befördert wird, gibt nicht per se besseren Unterricht. Vielmehr macht

sich Demotivation breit und gefährdet kollegiale Atmosphäre sowie effektiven Lehrbetrieb. Stemi wird nun durch eine externe Firma evaluiert.

Motion der CVP-Fraktion (neu: Postulat) zur Lehrerbesoldung auf Volksschulstufe

Das Lohnsystem bei den Volksschullehrkräften ist offensichtlich sehr kompliziert geworden. Es wird durch eine Vielzahl von Zulagen angereichert (z.B. Klassenlehrerstunde). Die Gefahr, dass dies die Mittelschullehrkräfte tangiert, besteht praktisch nicht, da unser Lohnsystem wie bei allen anderen Staatsangestellten äusserst transparent ist. Was auf uns – und damit auf alle Staatsangestellten – zukommen könnte, ist ein flexibleres Lohnsystem.

Entwicklung bei der FMS

Die Entwicklung ist noch unklar. Die Berufsmatura für Gesundheit und Soziales sind vorderhand nicht zu realisieren. Die Betriebe wären für ein viertes Ausbildungsjahr zurzeit zu stark gefordert. Wenn die Berufsmatura nicht möglich ist, soll wenigstens eine Fachmatura zu erreichen sein. Der Erziehungsrat will über alle fünf Berufsfelder (Gesundheit, Soziales, Pädagogik, Musik, Gestalten) beraten und entscheiden.

Langzeitgymnasien

Die Entwicklung des Gymnasiums muss unbedingt dahin gehen, dass seine spezifischen Eigenheiten (akademische Ausrichtung, Allgemeinbildung, Wissenschaftsorientierung, Schulfächer, welche den neuen Studienfächern angepasst werden, etc.) entsprechen. Mit den Langzeitgymnasien haben mehrere Kantone sehr gute Erfahrungen gemacht, und zwar über Jahrzehnte! Ich meine, dass die Forderung nach einer Ausdehnung der Untergymnasien auf alle Landmittelschulen unseres Kantons im Hinblick auf eine grosse MAR-Reform gerechtfertigt ist. Die jungen leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler könnten schon frühzeitig ihre schulische Leistungsfähigkeit ausleben, der Lateinunterricht würde durch Gymnasiallehrkräfte erteilt und somit die Sekundarschule entlastet und das Gymnasium würde sich wieder als Leistungsinstitution etablieren.

Zum Schluss noch sieben Thesen zum Lehrberuf

(aus: Beat Bucher, Michel Nicolet. „Leitbild Lehrberuf“ Studie 18A der EDK, Bern 2003)

1. **FÜHRUNGSKRAFT MIT GESELLSCHAFTLICHER ORIENTIERUNGSFUNKTION:** Wir brauchen Lehrpersonen mit einem weiten Horizont und mit einem geschärften Bewusstsein für die Gegenwartsprobleme und Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft.
2. **FACHPERSON UND EXPERTIN FÜR DAS LERNEN UND LEHREN:** Wir brauchen Lehrpersonen, die Fachpersonen für bestimmte Wissensgebiete und Expertinnen für das Lernen und Lehren sind.
3. **SELBSTBEWUSSTE MENSCHENBILDNER:** Wir brauchen Lehrpersonen, die den langfristigen Bildungsauftrag gegenüber bildungsfremden Ansprüchen selbstbewusst durchsetzen und nachhaltig umsetzen können.
4. **EXPERTE IM UMGANG MIT VERÄNDERUNGEN:** Wir brauchen Lehrpersonen, die individuelle Entwicklungen und Prozesse des Wandels professionell mitgestalten können.
5. **EXPERTIN IM UMGANG MIT HETEROGENITÄT:** Wir brauchen Lehrpersonen, die mit individueller, kultureller und sozialer Vielfalt positiv und kreativ umgehen können.
6. **TEAMWORKER, GESPRÄCHSPARTNERIN, „ÖFFENTLICHKEITSBEWUSSTE“ DIENSTLEISTER:** Wir brauchen Lehrpersonen, die bereit und fähig sind, im Verbund mit Kolleginnen / Kollegen, Spezialistinnen / Spezialisten und Erziehungsberechtigten Bildungs- und Erziehungsarbeit als Dienstleistung an der Öffentlichkeit zu gestalten.
7. **ÖFFENTLICH UNTERSTÜTZTE ANERKANNT BILDUNGSARBIET:** Lehrkräfte brauchen für ihre anspruchsvolle Arbeit verlässliche Rahmenbedingungen (Politik), weite Gestaltungsfreiräume (Pädagogik) und unterstützende Partnerinnen und Partner (Gesellschaft).

Abschliessend stellt sich die Frage, was Lehrkräfte auf der Mittelschulstufe, aber auch der anderen Stufen, künftig können müssen. Das ist sicher eine wichtige und interessante Frage. Interessanter und gewissermassen brisanter scheint mittlerweile die Frage zu sein: Von wem soll diese Diskussion geführt werden, und mit wem – und wo? Wir Kantonalverbandspräsidenten haben inzwischen die Erfahrung gemacht, dass Diskussionen, die am falschen Ort geführt werden, dazu neigen, nicht nur ihren Gegenstand, sondern auch die angestrebte

Wirkung zu verfehlen. Was interessant wäre, kommt nicht zur Sprache, wird abgewehrt oder sonst wie unschädlich gemacht. Dies dafür nachhaltig.

Ich plädiere dafür, dass in Zukunft die Arbeitnehmerseite, in unserem Falle die Verbände und sogar einzelne interessierte und engagierte Lehrpersonen in die Auseinandersetzung von Sinn und Zweck von Projekten, aber auch von grossen Reformen mit einbezogen werden. Nur wenn sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gemeinsam um eine Entwicklung bemühen, wird ihr nachhaltig Erfolg beschieden sein.

Darüber werden wir in naher und mittlerer Zukunft für unsere Berufsbranche noch viel zu diskutieren haben.

St. Gallen, 14. September 2007

Der Präsident